Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pfg. oder monatlich 1 Mk. 50 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberpfützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterpfützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 25 Pfg. Im Reklameteil die Zeile 60 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 65 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tags vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock. — 66. Jahrgang. — Fernsprecher Nr. 110.

№ 287. Freitag, den 12. Dezember **1919.**

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 329 für den Landbezirk die Firma: **A. Hutschenreuters Wwe., Inh. P. & K. Hutschenreuter, Bürstenfabrikation** in **Schönheide, Erzgeb.,**
und als deren Inhaber
a) der Bürstenfabrikant Paul Alfred Hutschenreuter,
b) der Kaufmann Albert Kurt Hutschenreuter,
beide in Schönheide,
eingetragen worden.

Die Gesellschaft ist am 1. Dezember 1919 errichtet worden.
Angegebener Geschäftszweig: Bürstenfabrikation.

Eibenstock, den 10. Dezember 1919.

Das Amtsgericht.

Verkauf von Futterkartoffeln

im Grundstücke Winklerstraße 2 **Freitag,** den **12. dss. Mts.,** vorm. von 8 Uhr ab.
Preis 5 Mark der Zentner.

Eibenstock, den 11. Dezember 1919. **Der Stadtrat.**

Ausgabe der Brotmarken

Freitag, den 12. dss. Mts., in der städtischen Lebensmittelabteilung gegen Vorlegung der Ausweishefte. Es werden abgefertigt:

vorm. von 8—9 Uhr	Nr. 1—350,		nachm. von 2—3 Uhr	Nr. 1401—1750,
„ „ 9—10 „	„ 351—700,		„ „ 3—4 „	„ 1751—2100,
„ „ 10—11 „	„ 701—1050,		„ „ 4—5 „	„ 2101 u. h. Nrn.
„ „ 11—12 „	„ 1051—1400,			

Die Marken sind bei Empfang sofort nachzuzählen. Spätere Einwendungen gegen die Richtigkeit der Zuteilung müssen zurückgewiesen werden.

Wer die Marken **nach** dem Ausgabetage abholt, hat eine **Gebühr** von **50 Pfg.** zu bezahlen.

Eibenstock, den 11. Dezember 1919. **Der Stadtrat.**

Bekanntmachung.

Am 3. Adventssonntage — 14. Dezember — 1919 findet nach dem Hauptgottesdienste bis mittags 12 Uhr in der Sakristei des Gotteshauses die

Kirchenvorstands-Ergänzungswahl

statt. Es scheiden aus die Herren
Tischler Emil Schädlich,
Prokurist Albert Sippach,
Bäckermeister Eduard Schmutzler,
Gewerbebankkassierer Gustav Winkelmann } in Schönheide,
Oberlehrer Bernhard Bauer,
Gemeindevorstand Reinhard Lorenz } in Schönheiderhammer,
Gemeindevorstand i. R. Gustav Hochmuth in Neuheide.

Es haben demnach für Schönheide 4,
für Schönheiderhammer 2 und
für Neuheide 1
Neuwahlen zu erfolgen.

Die Wähler und Wählerinnen wollen ihr Augenmerk richten auf Männer und Frauen von gutem Ruf, bewährtem christlichen Sinn und kirchlicher Einsicht.

Schönheide, am 10. Dezember 1919.

Der Kirchenvorstand.
P. Männchen, Diakonus.

Das zweite Mal.

Im Friedensvertrage von Versailles mußten wir am 28. Juni die Darlegung unterschreiben, daß Deutschland die Schuld am Weltkriege trage. Alle Proteste, die von Weimar aus dagegen erhoben wurden, blieben fruchtlos, die Entente lehnte alle weiteren Verhandlungen über diesen Punkt ab. Jetzt wird uns in dem Protokoll über die Ratifizierung des Friedensvertrages abermals eine solche ungerechte und unverdiente Zumutung gestellt. Wir sollen unterschreiben, daß wir die Bedingungen des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 nicht erfüllt haben, natürlich zu dem Zweck, daß dadurch die über uns verhängten Strafmaßnahmen als gerechtfertigt erscheinen. Es bezieht sich das alles bekanntlich auf die Versenkung der ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe durch den Admiral v. Reuter, der damit einem ihm im Verlaufe des Krieges erteilten Befehl folgte, die unter seinem Kommando stehenden Schiffe lieber zu versenken, als sie in Feindes Hand fallen zu lassen. Jedenfalls hat die heutige deutsche Reichsregierung mit dieser Versenkung und mit dem betreffenden Befehl nichts zu tun. Es kann ihr also auch nicht eine Nichterfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes vorgeworfen und keine Strafe dafür auferlegt werden. Am allerwenigsten eine so harte, wie es die verlangte Auslieferung von weiterem Schiffsraum und von schwimmenden Docks es ist, wodurch der Bau unserer neuen Handelsschiffe und damit der deutsche Ueberseehandel auf Jahre hinaus lahm gelegt wird.

Die Entente hat wohl erkannt, daß Deutschland sich aus allen Kräften gegen das Eingeständnis einer Schuld wehren wird, die wir nicht begangen haben, und sie droht uns daher für den Fall der Verweigerung der Unterschrift mit militärischen Maßnahmen. Sie geht also schärfer vor, als in der Frage der Heimbeförderung der deutschen Truppen aus dem Baltikum, wo die Ostseeblockade verhängt wurde. Die „militärischen Maßnahmen" bedeuten den Einmarsch von Ententetruppen in Deutschland, und es scheint für eine solche Okkupation Deutschlands wichtigstes Industriegebiet, das Ruhrrevier, in Aussicht genommen zu sein. In Paris und in London wird also abermals nicht die mindeste Rücksicht auf die Aenderung der deutschen Staatsform und auf die Republik genommen, und in keinem von beiden Ländern treten die Arbeiter für uns ein. Die Aussichten, daß wir um diese neue Demütigung und gewaltige Schädigung herumkommen, sind also nicht groß, falls nicht Ministerpräsident Clemenceau seine Ansicht ändert, und darauf dürfen wir nicht voreilig bauen.

Unterzeichnen wir das Ratifikations-Protokoll nicht, so sollen also französische und englische Truppen über den Rhein kommen. Das machte neue Unkosten und wahrscheinlich abermalige Strafmaßnahmen. Dahin dürfen wir es nicht kommen lassen, es muß ein Abschluß in dieser Kette von Weiterungen, die für uns Unerträgliches bedeuten, gefunden werden. Schon unserer Kriegsgefangenen in Frankreich wegen. Denn die werden, wie immer von neuem wiederholt wird, nicht freigelassen, bis das Protokoll unterschrieben ist, das heißt, bis wir alle Forderungen erfüllt haben. Wir wissen aber noch immer nicht, ob wir mit der Erfüllungspflicht und mit der Erfüllungsmöglichkeit zu Ende sind.

Denn bisher handelte es sich um die Bedingungen des Waffenstillstandes, nun kommen die des Friedensvertrages. Zuerst die Ehrenfrage, die „Auslieferung" aller Personen, die von der Entente wegen „Kriegsverbrechen" vor ein Gericht gestellt werden sollen, und sodann die Zahlung der jährlichen Raten der uns in ihrer Höhe noch nicht bekannten Kriegskostenforderung. Immer dringender werden die Mahnungen der besonnenen Politiker aus allen deutschen Parteien, sich zu vergewissern, ob die Entente nicht ihre Hand auf die neuen Steuern legen wird. Je mehr Steuern wir uns erschließen, um so stärker wird der Anreiz in Paris, viel von uns zu verlangen. Wer sichert uns, wenn unsere Zahlungsfähigkeit erlahmt, nicht gegen eine neue Ankündigung von „militärischen Maßnahmen?" Wir stecken in einer Schraube ohne Ende und kommen nie heraus, wenn wir, das sei wiederholt, nicht jetzt Schluß zu machen wissen. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Sturmszenen in der Nationalversammlung. Um das Reichsnotopfer ging es am Dienstag in der Nationalversammlung. Man ließ erst die Gegner zu Worte kommen. Dr. Rießer von der Deutschen Volkspartei, der in sachlicher ruhiger Weise seiner gegnerischen Meinung Ausdruck gab, nach ihm Dr. Hugenberg (D.-nat.), der seinem Temperament keine Zügel anlegte, sonder der Mehrheit und Erzberger scharfe Worte sagte, so daß es auf der Linken langsam zu brodeln begann. Hugenberg warf Erzberger vor, daß er durch das Reichsnotopfer der Entente den Weg zur Versklavung des deutschen Volkes weise: „Wenn doch einmal Schritt für Schritt das deutsche Volk an die Kette internationaler Wirtschaftssklaverei gelegt werden soll, dann mag es lieber offen und ehrlich geschehen als hintenherum, dann lassen Sie den Feind — es ist mir schwer, Ihnen das vor aller Welt zuzurufen — lieber gleich das Ruhrgebiet besetzen! Das ist die Folge Ihrer Politik!" Nun kannte die Entrüstung der Mehrheitsparteien keine Grenzen mehr, ein ungeheurer Lärm erhob sich, der den Redner am Weitersprechen hindert. Vizepräsident Haußmann weiß sich schließlich nicht anders zu helfen, als die Sitzung zu schließen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung fährt dann Hugenberg in seiner Rede fort. Nach ihm wendet sich Finanzminister Erzberger in scharfer Weise gegen die ihm gemachten Vorwürfe. Er bittet zum Schluß, die Anträge der Rechten abzulehnen und das Reichsnotopfer anzunehmen. Darauf wird die Weiterberatung vertagt. In einer persönlichen Bemerkung wendet sich dann noch einmal Dr. Hugenberg gegen die Darstellung Erzbergers über seine — Hugenbergs — Aeußerungen. Er nennt Erzberger einen Landesverräter. Hierfür erhält er einen Ordnungsruf.

— Regierungskrisis in Preußen? Der Unterausschuß der Preußischen Landesversammlung verhandelte Dienstag über den Gesetzentwurf betr. Abänderungen der Zusammensetzung der Schuldeputationen usw. Dieser Entwurf will der Kirche die letzte selbständige Vertretung in den Schulverwaltungskörperschaften nehmen, der Pfarrer solle nicht mehr von Amtswegen diesen Körperschaften angehören. Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) erklärte hierzu, daß seine Fraktion sich nicht in der Lage sähe, die Verantwortung für die Verabschiedung des vorliegenden Entwurfes, wie überhaupt für die Fortsetzung der im neuen Preußen eingeleiteten Schulpolitik zu tragen. Er wies nachdrücklich hin auf das Unerträgliche einer Koalitionspolitik, die in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung über die ernstlichen Bedenken und Aussprüche des Zentrums — einer der Koalitionsparteien — fortgesetzt zur Tagesordnung übergehe. Das Zentrum müsse es den anderen Parteien überlassen, aus dieser Sachlage diejenigen Konsequenzen zu ziehen, die sie auch im Hinblick auf die Lage in den gefährdeten Gebieten verantworten zu können glaubten. Darauf stellte der Vertreter des Kultusministers die förmliche Frage, ob durch diese Erklärung der Bestand der Koalitionsregierung berührt würde. Der Abg. Dr. Lauscher erwiderte, seine Erklärung lasse Raum für erneute Ueberlegungen, die aber der Gegenseite anheimgegeben werden müßten. Nunmehr ersuchte der Regierungsvertreter mit Rücksicht auf die durch die Zentrumserklärung geschaffene Situation um Vertagung. Dieselbe wurde einstimmig beschlossen. Das Zentrum gedenkt